

# **GENERALREDE**

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion  
zum Budget 2017/2018

gehalten von

**Klubobmann GR Mag. Armin SIPPEL**

am 29. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Hoher Gemeinderat!

Sehr geehrte Damen und Herren!

*„Von Budgetverantwortung, von Sparwillen oder gar der Bereitschaft, kommende Generationen zu entlasten, kann keine Rede sein“.*

*„Jene Damen und Herren, deren Aufgabe es wäre, im Dienste des Steuerzahlers verantwortungsvoll mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umzugehen, erweisen sich von Jahr zu Jahr als geradezu unfähig“.*

*„Wir alle sind gefordert wieder das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen – mit diesem Budget machen sie uns das jedoch doppelt schwer!“.*

Das alles sind Aussagen von mir, die ich im Rahmen mehrerer Budgetreden in den letzten Jahren zum Besten gegeben habe. Man kann eines klar festhalten, die damalige Oppositionsrolle lässt sich nicht verbergen.

Aus Erfahrung kann ich heute sagen, es ist viel leichter ohne den Druck der Verantwortung Alles und Jedes zu kritisieren. Aber das ist schließlich das politische Spiel.

Selbstverständlich braucht es Kritik! Kritik zu üben, ist auch ein Teil von Verantwortung – aber eben nur ein Teil. Dieser Teilverantwortung kommen in gewohnter Art und Weise heute Kommunisten, GrünInnen, Sozialisten und Neos nach. Der große Unterschied zu uns – zur ÖVP und FPÖ - ist dabei aber, dass wir im Gegensatz zu ihnen Gesamtverantwortung für diese Stadt übernommen haben! Und Gesamtverantwortung zu übernehmen heißt, sich der Komplexität eines Budgets zu stellen und die vielfältigen Herausforderungen, die eine so rasant wachsende Stadt mit sich bringt, zu meistern.

Dieses Doppelbudget 2017/2018 ist ein großer Wurf geworden! Gemeinsam haben es ÖVP und FPÖ verstanden, die auf ihren Schultern lastende Gesamtverantwortung, in ein Budget mit Weitblick zu gießen. Diese Voranschläge sind kein Kompromiss, sondern ein Kunststück geworden!

Nebenbei erwähnt, schultern wir auch noch große Summen aus jenen Ressorts, die von den Parteien verantwortet werden, die heute ihre Zustimmung verweigern. Erwähnt seien hier in Richtung KPÖ, die neuen, umweltfreundlicheren 55 Busse für die Graz Linien oder der zweigleisige Ausbau der Linie 1 nach Mariatrost. Oder in Richtung Grüne, die Fortführung des Feinstaubpaketes mit immerhin 800.000/p.a.

Selbstverständlich ist ein Voranschlag immer ein Ergebnis politischer Schwerpunktsetzungen, über die man diskutieren soll. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass der mit Abstand größte Teil beider vorliegender Budgets, jene Aufwendungen sind, die den Betrieb dieser Stadt überhaupt erst ermöglichen.

Alleine der Verwaltungs- und Betriebsaufwand macht in der ordentlichen und ao. Gebarung des VA 2017 406 Millionen Euro und damit ein gutes Drittel aus. Darunter findet man dann so spektakuläre Finanzposten wie „Wasser, Strom, Wärme, Instandhaltung von Gebäuden, Postdienste und vieles mehr.

Nicht zu vergessen auch die Personalkosten von 139 Millionen bei den aktiven Mitarbeitern und 121 Millionen für unsere Pensionisten. Die Stadt Graz bietet derzeit insgesamt 3.921 Menschen Arbeit. Auch das ist ein entscheidender Beitrag zum Wohlstand in unserer Stadt.

Beziehen wir dann noch die 27,8 Millionen für Zinsen und Finanzschulden oder den städtischen Anteil bei den Ausgaben im Sozialbereich – Mindestsicherung, Behindertenhilfe, Heime – von immerhin 72,5 Millionen, als gesetzliche Verpflichtung mit ein, so kommen wir auf fast zwei Drittel des Budgets. Das sind aber absolut unumstrittene, außer Diskussion stehende Ausgaben. Dieser Tatsache folgend, müssten eigentlich von den Budgetverweigerer-Fraktionen auch zwei Drittel den Budgets heute zustimmen.

Ich möchte hier aber auch die Gelegenheit nutzen und die Grundpfeiler bzw. Grundmechanismen dieses Gesamthaushaltes ansprechen:

Investitionen: Insgesamt investieren wir auf Rekordniveau. Bis 2022 nehmen wir 1 Milliarde Euro in die Hand, um in der Stadt selbst und im Aufgabenbereich unserer Gesellschaften, die „notwendigen“ Anschaffungen, Ausbauten und Projekte tätigen zu können. 2017 sind es 119 Mio., 2018 sogar 151 Mio. Für uns als FPÖ liegt die Betonung bei diesen Investitionen auf

„notwendig“. Teure Prestigeprojekte wird es mit uns nicht geben – sinnvolle Investitionen in die Zukunft unserer Stadt aber allemal.

Zu den insgesamt 700 Millionen Euro Basisinvestitionen in fixierte Projekte bis 2022 – man sieht schon, dieses Doppelbudget ist stark von unserer Mittelfristplanung und dem Budgetpfad aus der Agenda Graz 22 geprägt – kommen noch einmal 300 Millionen Euro als „Investitionsfonds“ dazu. Während die Basisinvestitionen also in die Realisierung der bereits beschlossenen Projekte wie z.B. das Schulausbauprogramm „Grips 1“, die infrastrukturelle Erschließung von Reininghaus oder die Verkehrsmaßnahmen am Weblinger Stumpf gehen, stellt der Investitionsfonds sozusagen die investitionsbezogene Variable dar, wo auch eine gewisse politische Schwerpunktsetzung Ausdruck erhält. Vergegenwärtigt man sich dann aber, dass diesen 300 Millionen Euro Investitionsfonds bereits 600 Millionen Euro an Wünschen gegenüberstehen, ist der Gestaltungsspielraum tatsächlich sehr begrenzt. Aber wir haben hier durch die Agenda Graz 22 trotzdem einen klaren Fahrplan. Es gibt mehr Geld für Schulen, für neue städtische Wohnungen oder beispielsweise auch für die Finanzierung der erst kürzlich vorgestellten Sauberkeitsoffensive.

Ein weiterer Grundpfeiler dieser beiden Budgets ist die dynamische Schuldenobergrenze. Mit dieser Budgetrestriktion wird der Schuldenentwicklung eine konjunkturabhängige Wachstumsgrenze gezogen. Die Schulden dürfen demnach die Einnahmen aus Steuern und Ertragsanteilen der letzten 3 Jahre nicht übersteigen – und das bei knapp 29 Prozent Eigenfinanzierungsanteil bis 2022 im laufenden Cashflow – Aus unserer Sicht ein vertretbarer Zugang, um die angesprochenen notwendigen und sinnvollen Investitionen auch durchführen zu können. Nicht vergessen darf man dabei auch den gleichzeitigen Abbau der Pro-Kopf-verschuldung laut Maastricht um satte 462 Euro.

Dritter Grundmechanismus ist ein genaueres Investitionscontrolling. D.h. erst bei der tatsächlichen Konkretisierung von Projektgenehmigungen werden diese im Finanzplan berücksichtigt. Das ist eine absolut sinnvolle Maßnahme und verhindert das Vornewegschieben von Mitteln die zwar eingestellt sind, aber im laufenden Budget nicht ausgegeben werden. Außerdem verhindern wir damit das falsche Signal, dass wir als Stadt Graz beispielsweise im Bereich des

ÖV, sämtliche Neu- und Ausbauten alleine bewerkstelligen könnten. Diese Vorgehensweise war ja schon sehr erfolgreich. Durch die vorläufige Nichteinstellung der Straßenbahnausbauten, haben Bund und Land erkannt, dass hier Graz dringend Unterstützung braucht – mittlerweile schaut es sehr gut aus, dass hier endlich die notwendigen Mittel fließen. Ein großer Erfolg.

Neben Weitsichtigkeit glänzt dieses Doppelbudget aber auch noch durch Ausgewogenheit. Uns ist es gelungen, alle Bereiche mitzudenken, egal ob diese in ÖVP- oder FPÖ- Zuständigkeit liegen oder nicht. Sowohl im Verkehrsressort als auch im Bereich Umwelt und Gleichbehandlung gibt es 2017 und 2018 mehr Geld!

Ebenfalls mehr Geld fließt in den Bereich der Sicherheit. Nicht zuletzt nach den Entwicklungen der letzten Monate und Jahre, wonach der islamistische Terror bedauerlicher Weise zum Alltagsbegleiter in Europa geworden ist und das subjektive Sicherheitsgefühl auch bei uns in Graz stark nachgelassen hat. Mir ist bewusst, als Stadt haben wir kaum Kompetenzen in Sicherheitsangelegenheiten. Das was wir allerdings tun können, machen wir. Z.B. die Aufstockung der Ordnungswache und eine noch bessere Vernetzung derselben mit der Exekutive. An dieser Stelle möchte ich mich einmal ausdrücklich bei den Mitarbeitern der Ordnungswache bedanken, die tagtäglich einen anstrengenden Job erledigen und mithelfen das subjektive Sicherheitsgefühl der Grazer zu steigern. Eines sei versprochen: Solange wir als FPÖ etwas zu Gestalten haben, wird es immer eine uneingeschränkte Unterstützung der Ordnungswache geben!

Oder der Wohnungsbereich – die Bilanz von 19 Jahren kommunistischer Zuständigkeit ist äußerst bescheiden: Ein Mangel an städtischen Wohnungen, Schwierigkeiten im Zusammenleben soweit das Auge reicht und ein skandalöser Anteil von Österreichern ohne Migrationshintergrund von gerade einmal 39 Prozent. D.h. im Jahr 2016 sind über 60 Prozent der Gemeindewohnungen an Personen zugeteilt worden, die nicht in Graz oder in Österreich geboren wurden.

Mit dieser Ungerechtigkeit ist nun Schluss. Dank des neuen Wohnungsstadtrates und Bürgermeister-Stv. Mario Eustacchio und dank der Unterstützung durch die ÖVP, werden hin künftig wieder Grazer bei der Vergabe bevorzugt. Es werden neue Wohnungen - seit langem auch wieder

durch die Stadt selbst – gebaut (500 bis 2022). Ebenso wird auf die Einhaltung und die Sanktionierung der Hausordnungen Wert gelegt.

Einen großen Fortschritt gibt es mit diesem Budget auch im Sozialbereich. Allen voran steht der Grundsatz, Hilfe zur Selbsthilfe anstatt Verwaltung der Armut. Der zutiefst kommunistische Ansatz, einer Menschenhaltung in öffentlicher Abhängigkeit, widerstrebt uns grundsätzlich. Warum Menschen mit staatlichen Krücken versorgen, wenn sie auch selbst laufen könnten? Genau deshalb brauchen wir ein Ende des Sozialautomatismus (Heizkostenzuschuss, Weihnachtsbeihilfe) den wir in Graz, insbesondere bei der Sozialcard erlebt haben. Soziale Unterstützung muss da sein, wenn Menschen sie brauchen, sie darf aber nicht zu einem Hemmschuh für den Einstieg oder Wiedereinstieg ins Erwerbsleben sein. Insgesamt gibt es in diesem Jahr eine Steigerung des Sozialbudgets von 3,5 Millionen auf 61 Mio., Nächstes Jahr kommt dann noch einmal eine Erhöhung um 2,1 Mio auf 63,1 Mio. Allein daran erkennt man, wie hanebüchen der Vorwurf der sozialen Kälte ist. Im Gegenteil, Schwarz-Blau garantiert Sozialunterstützung in Rekordhöhe, aber eben inklusive der so wichtigen Abflachung der prognostizierten Kostenkurve.

Budgetpolitik ist immer auch zu einem guten Teil Subventions- und Förderpolitik: Ob im Kultur- und Wissenschaftsbereich, wo das Fördervolumen auf über 34 Millionen p.a. steigt oder im Wirtschaftsressort, wo die Wirtschaftsförderung um eine Million angehoben wird bis hin zum Sport, wo das Gesamtbudget erstmals seit 10 Jahren auf 3,2 bzw. 3,5 Mio. Euro steigt. Damit trägt die öffentliche Hand zum Funktionieren der für die Gesellschaft wichtigen Einrichtungen bei – und das ist gut so.

Ebenso selbstverständlich bekennen wir uns aber auch zur öffentlichen Unterstützung von politischen Parteien. Die städtische Parteidotierung umfasst die gesetzlich geregelte „Parteienförderung“ in der Höhe von 1.214.565 Euro (entspricht der Anzahl der Wahlberechtigten mal dem Maximalwert je Wahlberechtigten in der Höhe von 5,45 Euro) und der freiwillig ausbezahlten „Klubförderung“, die mit 5,55 Euro pro Wahlberechtigten zu Buche schlägt.

Ja, wir reden hier von einer durchaus stattlichen Summe, die je nach Stärkeverhältnis, an alle im Gemeinderat vertretenen Parteien ausbezahlt wird. Als FPÖ bekennen wir uns zur öffentlichen Förderung von Parteien, denn nur

sie garantiert Unabhängigkeit und damit echte Demokratie. Für uns sind Parteispenden ein absolutes Tabu. Wir nehmen als FPÖ Graz keinen einzigen Cent von irgendwelchen Interessensgruppen. Und weil das so ist, sind wir auch auf dieses Geld angewiesen. Genau wie alle anderen Parteien auch. Der Unterschied ist, dass wir das auch zugeben. Gegensätzlich haben wir beispielsweise die Kommunisten, die sich über die Parteiensubventionen empören, bei der ersten Gelegenheit aber sofort die ganze Summe einstreifen. Was Sie machen, ist Wasser predigen und Champagner trinken - weil der geht sich bei einer Gesamtsumme von 512.141,30 Euro im Jahr an Parteien- und Klubförderung für die KPÖ locker aus. Sehr geehrte Kommunisten, wenn ihr einen Funken Glaubwürdigkeit behalten wollt, dann geht mit gutem Beispiel voran und verzichtet, wie von euch gefordert auf die Hälfte der Förderung.

Alle, die auch die freiwillige städtische Leistung der Klubförderung beanspruchen, haben nach Änderung der Richtlinien, jetzt diese noch einmal zu beantragen – Wenn also jetzt wieder ein Antrag der Kommunisten auf diese Förderung kommt, dann ist das euer gutes Recht – wir beschließen diese ja auch heute mit – aber bitte unterlasst dann dieses heuchlerische Schauspiel in der Öffentlichkeit in Sachen Parteiensubventionen. Noch kurze eine Anmerkung zu eurem Argument, ihr gebt einen Teil dieses Geldes quasi als Sozialgelder weiter. Ich kann euch sagen, dass auch wir Freiheitliche viel Karitatives mit diesem Geld machen. Im Gegensatz zu euch, hängen wir es aber nicht an die große Glocke.

Neben dem laufenden Betrieb und der Weiterbildung unserer Gemeinderäte ist aber ein nicht unwesentlicher Teil der Ausgaben der Punkt Medienarbeit. Darunter läuft auch die eine- oder andere Einschaltung in diversen Grazer Tages- und Wochenzeitungen. Insbesondere in Wahlkampfzeiten ist die diesbezügliche Intensität sehr hoch. Interessanter Weise sind nach erfolgtem Budgetbeschluss, die Werbeabteilungen der Zeitungen die ersten, die um Inserate oder Werbekooperationen anfragen. Gerne unterstützen wir als Parteien mit diesen Einschaltungen die Wirtschaft und tragen auch gerne zur Erhaltung der einen- oder anderen Journalistenstelle bei, es wäre dann aber auch fair, uns nicht wieder für diesen Demokratiebeitrag namens Parteiförderung zu kritisieren.

Nicht nur ausgabenseitig tut sich in diesen beiden Voranschlägen viel, auch einnahmenseitig ist einiges in Bewegung. Auch wenn es für Politiker viel angenehmer ist, Geld auszugeben als es einzuheben, sollten wir unser Augenmerk verstärkt auf diese andere Seite des Haushaltes legen. Und sehr geehrte Kommunisten, der Verzicht auf eine Inflationsanpassung bei den städtischen Gebühren (Müll, Kanal u.v.m.) hätte die so wichtige Einnahme von 226,8 Millionen Euro auf Dauer stark reduziert.

Sehr beachtlich und hoffentlich weiter in dieser Intensität sprudelnd, ist die Quelle der Einnahmen aus den eigenen Steuern von 190,4 Millionen und aus den Gebühren für die Benutzung von Gemeindeeinrichtungen- und Anlagen in der Höhe von 79,4 Millionen. Wir werden dafür sorgen, dass das auch so bleibt!

Auch wenn eine dermaßen wachsende Stadt eine große Herausforderung ist, bringt sie doch erfreuliche Effekte im Bereich der Ertragsanteile. 350 bzw. 341 Millionen Euro stehen hier auf der Einnahmenseite. Wir werden alles daran setzen, dass das so weitergeführt wird!

Abschließend möchte ich auf den Grundgedanken zu sprechen kommen, der sozusagen der schwarz-blaue Faden - ausgehend von der Agenda Graz 22 - hinein in dieses Doppelbudget ist. Auch wenn vor Ihnen „nur“ zwei Stapel Papier mit unendlich vielen Zahlen liegen, ist dieses Konvolut doch auch so etwas wie eine politische Partitur, die im Sinne der Gesamtverantwortung Graz in eine positive Zukunft geleiten soll.

*„Der Stadt Graz wird auch in den kommenden Jahren ein starker Bevölkerungsanstieg prognostiziert. Um die damit verbundenen Herausforderungen lösen und den Wohlstand sowie die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten bzw. ausbauen zu können, sind alle Bemühungen zu unternehmen, um den Wirtschafts-, Industrie- und Handelsstandort Graz abzusichern und weiter zu attraktiveren. Ohne eine starke und wachstumsorientierte Wirtschaft sind eine gedeihliche Stadtentwicklung und die Wahrung des sozialen Zusammenhalts in Graz undenkbar. Wir sind davon überzeugt, dass ein Wirtschaftsstandort und eine Gesellschaft nur funktionieren können, wenn jeder eine Chance auf Arbeit hat und staatliche Sozialleistungen nur in begründeten Härtefällen zur Auszahlung gelangen.“ (Agenda Graz 22, Kapitel „Starker Wirtschaftsstandort“, S. 6.).*

In diesen Zeilen steckt in Wirklichkeit alles drinnen, was auch dieses Doppelbudget ausmacht. Wachsende Stadt, Erhaltung der Lebensqualität, Erhöhung des Wohlstandes. Wirtschaft als Motor - Sozialer Zusammenhalt als Motto. Nach eingehender Beschäftigung mit diesem Zahlenwerk sind wir als FPÖ überzeugt, dass hier das große Kunststück der Balance geglückt ist. Vernünftiges Investieren auf der einen und maßvolles Haushalten auf der anderen Seite. Ich kann Ihnen garantieren – das geht nur mit ÖVP- und FPÖ. Alle anderen budgetären Denkmodelle, ob Gratisgesellschaft oder prolongierte Wirtschaftsfeindlichkeit, führen zwangsläufig zu einer gefährlichen Schiefelage. Davor schützt nur Schwarz-Blau!